



Nr. 59 | 22.03.2022

Belarus-Analysen

Krieg in der Ukraine: Belarusische Dimension

■ ANALYSE	
Belarusische Armee: »Schrödingers Katze« des russisch-ukrainischen Krieges Siarhei Bohdan (Ostrogorski Zentrum, non-resident Fellow)	2
■ KOMMENTAR	
Die Belarus:innen als gescheiterte Nation? Maryna Rakhlei (German Marshall Fund of the United States, Berlin)	5
Lukaschenka und Putin: Der gute Bulle und der böse Bulle im Krieg gegen die Ukraine Pavel Slunkin (European Council on Foreign Relations, non-resident Fellow)	6
Was der Krieg in der Ukraine für die belarusische Zivilgesellschaft bedeuten könnte Natallia Rabava (SYMPA, Minsk)	7
Eiertanz auf dem Vulkan Jakob Wöllenstein (Auslandsbüro Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vilnius)	10

Belarusische Armee: »Schrödingers Katze« des russisch-ukrainischen Krieges

Siarhei Bohdan (Ostrogorski Zentrum, non-resident Fellow)

DOI: 10.31205/BA.059.01

Zusammenfassung

Die widersprüchliche Haltung der belarusischen Regierung zur russischen Invasion in der Ukraine wird heute viel zu oft übersehen. Durch den Durchmarsch russischer Truppen hat Minsk definitiv seinen neutralen Status verloren, allerdings ist seine Interaktion mit dem Kreml in diesem Krieg unfreiwillig und begrenzt. Weder belarusische Streitkräfte noch belarusisches Territorium sind aktiv in die Moskauer Kriegsführung verwickelt.

Mittlerweile ist die praktische Politik von Minsk trotz der demonstrativen Wiederholung mehrerer Kreml-Narrative in den staatlichen Medien und durch Staatsbeamte in Belarus weiterhin eher auf eine Vermeidung jeglicher direkten Beteiligung an der Invasion ausgerichtet. Dieser Kurs kann sich sowohl auf Lukaschenkas gegenwärtige politische Manöver stützen wie auch auf die langjährige Politik einer gewissen Demilitarisierung gegenüber der Ukraine. Nach dem August 2020 ist die belarusische Regierung sehr viel abhängiger von Russland geworden. Die präzedenzlose russische Militärpräsenz im Lande beeinflusste Moskaus offensive Pläne gegenüber der Ukraine. Minsk verfügt aber nach wie vor über eine gewisse strategische Autonomie, die ausgebaut werden kann – im Interesse einer friedlichen Zukunft für die Völker in der Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer.

Nicht aus heiterem Himmel

Am 8. März erklärte die EU Belarus zu einem »Mitaggressor« gegenüber der Ukraine. Allerdings erklärte das US-amerikanische Verteidigungsministerium schon drei Tage später, dass es weder Raketenangriffe auf die Ukraine von belarusischem Territorium aus noch eine Beteiligung von Minsk an der russischen »Spezialoperation« bestätigen könne. Die Politik der strategischen Ambivalenz macht Belarus seit Jahren für sämtlich Mächte in der Region zu einem Problem.

Belarus wurde so lange der Mitwirkung an der russischen Intervention in der Ukraine bezichtigt, dass es kaum noch weiterer Beweise zu brauchen scheint. Diese Mitwirkung passt perfekt in das bequeme Bild einer Diktatur, die sich seit 1995 Russland annähert. Zieht man jedoch die Details und die Entwicklungsdynamik des Regimes in Minsk in Betracht, sieht man eine andere Realität, in der die belarusische Staatsführung bei russischen Entscheidungen über den Angriff kaum eine Rolle innehatte. Die Situation im Lande spielte allerdings sehr wohl eine Rolle.

Es ist hilfreich, die Geschichte aufgrund der jeweils prägenden Eigenschaften in Phasen zu unterteilen. Wann begann die aktuelle Ära der militärischen Zusammenarbeit zwischen Minsk und Moskau? Sicherlich nicht in den 1990er Jahren, als Minsk mit Moskau pompöse Integrationsverträge unterzeichnete – trotz aller Rhetorik entwickelten sich danach die beiden Armeen immer mehr auseinander. Das spiegelte sich in den Unterschieden von Struktur, Konzepten, Ausbildung, Ausrüstung und Ideologie wider. So kaufte die belarusische Armee bis zum Ende der 2010er Jahre fast keine nennenswerten

in der Qualität russischen Waffensysteme (mit der Ausnahme von Luftabwehrsystemen, die allerdings ebenso sehr für Moskaus Schutz vorgesehen waren wie für den eigenen Bedarf). Auch hielt das belarusische Militär viel weniger gemeinsame Manöver mit Russland ab als etwa die NATO-Länder miteinander, und es setzte auf ein weiteres Downshifting (durch Verzicht auf teure Flugzeuge, Panzertechnik, usw.).

Die jetzige Phase setzte im August 2020 ein. Die erneut manipulierte Präsidentschaftswahl hatte in Belarus viele empört, doch führten die massenhaften Proteste nicht zu einem Regimewechsel. Sie bewegten aber die NATO-Länder zu einer anscheinend prinzipienfesten, aber letztendlich riskanten Politik. Statt den legitimen oppositionellen Strukturen endlich eine stabile Unterstützung zu gewähren und den Wiederaufbau einer nennenswerten politischen Alternative zu unterstützen, verhängten westliche Länder und deren Verbündete immer mehr Sanktionen gegen Belarus und damit gegen alle seiner Bürger:innen. Die Lage in dem Land ohne eigenen Zugang zum Meer glich immer mehr einer Blockade. Sämtliche Verbindungen und Lieferungen erfolgten im weiteren ausschließlich über Russland. Der alleinige Nutznießer dieser Blockade hieß Wladimir Putin.

Die nachfolgende strategische Revolution, die in der Region erfolgte, indem Belarus komplett der Kontrolle Moskaus ausgeliefert wurde, war vorhersehbar. Sie war auch für die belarusische Staatlichkeit verheerend. Bereits einen Monat nach der manipulierten Wahl begann Minsk, teure russische Waffen einzukaufen, zwei

Monate später übte die russische Armee zum ersten Mal eine große Landeoperation in Belarus, unter Einsatz seiner strategischen und Luftstreitkräfte. Ein halbes Jahr später wurden Moskau zwei Militärstützpunkte gewährt, gegen die sich Minsk zwei Jahre lang gesperrt hatte.

Putins Ziel: Belarus in den Krieg hineinzuziehen

Gleichzeitig hat sich Minsk seit 2014 geweigert, sich dem russischen Druck auf die Ukraine anzuschließen. Trotz aller Spekulationen hatte Moskau bis Herbst 2020 nur begrenzten Zugang zu belarusischem Territorium, was die russische strategische Planung beeinträchtigte. Eine der Antworten, warum sich Putin 2014/15 nicht weiter in die Ostukraine hineinwagte, lautete unter anderem, dass er seinerzeit noch nicht mit Waffen auf den »belarusischen Balkon« treten durfte. Denn es ist dieser Balkon, von dem aus er die Ukraine vernichten kann, weil seine Armee nur so schnell die ukrainische Hauptstadt angreifen oder westliche Nachschubwege für die ukrainische Armee abschneiden kann.

Lukaschenka wusste das, hatte aber kaum Lust, sich an Putins abenteuerlicher Politik zu beteiligen und mit einem Brudervolk einen Krieg anzuzetteln. Er wiederholte oft die Narrative Moskaus, hatte es aber nicht eilig, aktiv zu werden.

In den 2000er Jahren und Anfang der 2010er Jahre demilitarisierte Minsk in erheblichem Maße die Grenzgebiete zur Ukraine: Die Truppen wurden reduziert oder ins Zentrum des Landes verlegt, die Infrastruktur wurde anders verwendet oder praktisch verlassen. Nach 2014 hat Minsk nichts an dieser Politik geändert. Zuerst es sah das, neben mehreren ähnlichen Maßnahmen, wie ein Versuch aus, gegenüber Kiew die defensive Haltung von Belarus deutlich zu machen, was allerdings nicht gelang, da die Ukraine seit 2014 die Gebiete entlang der belarusischen Grenze trotzdem militarisierter. Heutzutage sieht diese Politik der belarusischen Regierung wie ein strategisches Kalkül aus, dessen Ziel es ist, eine schnelle Verwicklung des Landes in Putins Krieg gegen die Ukraine unmöglich zu machen. Das heißt: Obwohl Minsk sein eigenes Territorium für russische Truppen zur Verfügung stellen musste, war das ein Gelände, das weitgehend nicht für einen Einsatz bei der derzeitigen Invasion vorbereitet wurde (man vergleiche nur, wie Moskau seine Grenzgebiete jahrelang durch Infrastruktur- und Straßenbau, Verlegung von Truppen, usw. für diese Invasion vorbereitet hatte). Es ist sinnvoll, auch den jahrelangen Verzicht auf eine Anschaffung russischer Waffen in diesem Licht zu betrachten. Belarusische Truppen befassten sich seit Jahren immer mehr mit defensiven Operationen und entsprechenden Waffen, und selbst nach den neuesten Anschaffungen in Moskau braucht es Zeit, um den Umgang mit moder-

ner Technik zu lernen sowie Taktik und Operationspläne anzupassen.

Inwieweit Minsk an der Invasion beteiligt war oder ist, ist eine Frage, die allzu oft aus dem Blickwinkel einer Schuldzuweisung beantwortet wird. Der Kreml hat aber mehrmals schon seinen Verbündeten nicht in Pläne dieser Art eingeweiht, z. B. im Fall der Krim-Annexion. Es gibt Hinweise, dass die belarusische Regierung diesmal von Putin praktisch in den Konflikt hineingezogen wurde und dann versuchte, auf seinen Händen wieder herauszukriechen.

Erstens hatte Minsk, sogar nachdem es Ende der 2010er Jahre eilig – mit russischem Geld – dennoch seine Grenze mit der Ukraine ausgebaut hatte, deren explizite Militarisierung möglichst vermieden. Es wurden keine Armeeeinheiten dorthin verlegt, sondern nur Grenzschutzeinheiten, wobei sogar ein paar Tausend Militärangehörige zum Grenzschutz wechselten.

Zweitens hatte es Minsk, als es nach der innenpolitischen Krise von 2020 immer mehr dem Druck Putins nachgab und seine Verteidigungslinien gegen die Ukraine befestigte, nicht sonderlich eilig. Es trifft zwar zu, dass Minsk sich irgendwann im Herbst entschied, neben den zwei schon existierenden militärischen Einsatzkommandos (»West« an der Grenze zu Polen und »Nordwest« an der Grenze zum Baltikum) nun auch ein drittes einzurichten, nämlich an der Grenze zur Ukraine. Doch dieses Einsatzkommando »Süd« sollte erst in zwei Jahren entstehen, was an sich schon viel über Minsk fehlenden Kriegswillen aussagt.

Es ist wahrscheinlich, dass Minsk nicht einmal am Vorabend der Invasion in die Kriegsplanung des »größeren Bruders« eingeweiht wurde. Der »große Bruder« wollte Belarus in die Sackgasse treiben, um allen belarusischen Versuchen, sich von der Invasion zu distanzieren, vorzubeugen. Ausgerechnet zu Beginn der Invasion, als Putin demonstrativ mit der Evakuierung der Bevölkerung aus dem Donbas begonnen hatte, wurde Lukaschenka am 18.–19. Februar plötzlich nach Moskau gerufen, was sein Alibi für die Weltöffentlichkeit natürlich erheblich untergrub. Offizielle Kommentare der belarusischen Seite vor diesem Besuch lassen vermuten, dass er ungeplant war und Minsk nicht einmal den Zweck erklären konnte. Es hieß lediglich: »Das Arbeitsformat für beide Präsidenten soll durch die russische Seite festgelegt werden.« Ein Krieg passte auch deshalb nicht in Lukaschenkas Pläne, weil in dieser Zeit das Referendum über Verfassungsänderungen anstand (beendet am 27. Februar), durch die die weitere Transformation seines Regimes gestalten werden sollte.

Bei der gemeinsamen Sitzung des Sicherheitsrates und des Ministerrates am 1. März teilte Lukaschenka bemerkenswerte Details der belarusischen Rolle in diesem Krieg mit, »Natürlich sollten die [nach dem Manö-

ver – Anm. des Autors] auf dem Territorium von Belarus verbleibenden russischen Truppen [bei der Invasion – Anm. des Autors] eingesetzt werden. Und darüber wurde ich am 24. Februar um 5 Uhr morgens durch Putin informiert«. Das heißt: in letzter Minute, da der russische Präsident in einer Fernsehrede kurz vor 6 Uhr den Beginn des Krieges verkündete. Beachtet man diese Umstände, dann erhalten die weiteren Worte Lukaschenkas am 1. März einen neuen Klang: »Die russische Führung hat die Frage über unsere Teilnahme an diesem bewaffneten Konflikt nie erörtert. Wozu eigentlich? Haben sie nicht die Waffen, die wir haben? Fehlen ihnen die menschlichen Ressourcen? Die gibt es genügend. Die Fähigkeit zu kämpfen?«

Bis heute gibt es keine Beweise für eine unmittelbare Beteiligung der belarusischen Armee an dem Krieg. Die belarusische Regierung allerdings betont vorsichtig, dass obwohl die ganze Grenze unter Kontrolle des Grenzschutzes bleibe (wobei diese Grenze, die Ende der 2010er Jahre eingerichtet wurde, viel schwächer kontrolliert wird als die Grenze zum Baltikum, ganz zu schweigen von der alten sowjetisch-polnischen Grenze). Aus militärischer Sicht deckt die belarusische Armee lediglich die westliche Hälfte der 1.000 km langen Grenze (von Brest bis Masyr). Die andere Hälfte, zwischen Homel und Masyr, wird durch die russischen Armeeeinheiten gedeckt, die nach dem letzten Manöver vorübergehend geblieben sind; es sind insgesamt 10.000 Militär-angehörige, einschließlich etlicher Hubschrauber und Flugzeuge.

Das belarusische Ziel: Möglichst fernbleiben

Belarus hat eine Reihe von Argumenten in der Hand, um den Kreml zu überreden, dass es besser von der Invasion fernbleiben solle. Laut Minsk brauche Belarus alle eigenen Truppen, um die Grenzen zu den NATO-Ländern stärker zu sichern. Wenn Minsk am Anfang des Krieges noch versprach, weitere fünf taktische Bataillonsgruppen an die ukrainische Grenze zu verlegen (zusätzlich zu den fünf schon anwesenden), so erklärte der belarusische Generalstabschef Wiktar Hulewitsch bereits am 12. März, es solle bei den fünf bleiben, ohne Verstärkung.

Über den Autor

Siarhei Bohdan, Dr.rer.pol, promovierte an der Freien Universität Berlin in Politikwissenschaft. 1999–2011 arbeitete er als Journalist bei der Wochenzeitung Nascha Niwa in Minsk, 2011–2018 war er als Analytiker des Ostrogorski Centre, einer belarusischen Denkfabrik, tätig.

Bibliographie

Bohdan, Siarhei. »Stiller Rück- und Umbau der belarussischen Streitkräfte trotz der Militarisierung in der Region«. In: Belarus-Analysen 44 (2019): S. 3–7: <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/44/BelarusAnalysen44.pdf>

Das Minimalziel von Minsk ist jetzt, die Ausbreitung des Krieges in der Region zu vermindern. Außer allgemeiner Instabilität, wachsender internationaler Isolation und wirtschaftlichem Untergang, befürchtet die belarusische Regierung auch eine Infiltration bewaffneter radikaler Aktivisten vom ukrainischen Territorium.

Es ist kein Wunder, dass Minsk auch Anstrengungen unternimmt, um eine vermittelnde Rolle zu übernehmen oder zumindest bei der Ausarbeitung einer neuen regionalen Ordnung anwesend zu sein. Das ist nichts neues, denn die Regierung betont seit Jahren ihr Interesse an einem internationalen Dialog über Sicherheitsfragen in Europa sowie die Tatsache, dass Belarus die wichtigsten internationalen Sicherheitsverträge (Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa, Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrag/INF-Vertrag, Vertrag über den Offenen Himmel) weiter befolgt, obschon führende Mächte aus diesen Vereinbarungen ausgetreten sind. Was als Kritik an den USA verstanden werden kann, ist ebenso Kritik an dem Kreml, der ebenfalls aus diesen Verträgen ausgestiegen ist.

Momentan besteht der belarusische Beitrag zur Moskauer Kriegsführung nach wie vor in einem nicht wirklich freiwilligen *Laissez-faire* Ansatz hinsichtlich der Bewegung russischer Truppen über belarusisches Territorium. Die Kriegspropaganda scheint meist für die Ohren des Kreml zu erfolgen, ohne wirklich die eigene Bevölkerung zu mobilisieren. Andrej Iwanou, ein bekannter belarusischer pro-Moskauer Aktivist, der z. B. zusammen mit Gleichgesinnten eine öffentliche Kampagne zur Anerkennung der Krim-Annexion leitete, beschwerte sich, dass »die belarusische Gesellschaft teilweise verdummt ist«, dass die Belarusen kein Interesse an der russischen »Spezialoperation« zeigen und nicht an entsprechenden Veranstaltungen teilnehmen wollen. Andere pro-Moskauer Aktivisten waren vor kurzem auch über belarusische Behörden empört, die eine Durchführung solcher Veranstaltungen nicht begrüßen.

Stand: 15.03.2022

KOMMENTAR

Die Belarus:innen als gescheiterte Nation?

Maryna Rakhlei (German Marshall Fund of the United States, Berlin)

Seit Sommer 2020 bis zum 24. Februar 2022 hat Europa, wenn nicht die ganze Welt, das friedliche Streben der Belarus:innen nach Freiheit bewundert, ihren erfolglosen, aber unermüdlichen Kampf gegen die Diktatur. Der verheerende Krieg Russlands in der Ukraine hat dieses Bild verzerrt und durch ein neues ersetzt.

Es gibt heute zwei Kriegsparteien, auf die die Welt mit Spannung schaut. Die Ukraine ist das Opfer eines unbegründeten, unmenschlichen Militärangriffs, und die Ukrainer:innen sind eine Nation, die Freiheit wie eine Religion pflegt und bereit ist für ihr Land zu sterben. Russland wird im Westen als ein imperialistischer Aggressor wahrgenommen. Das Bild der russischen Gesellschaft ist allerdings vielfältig und differenziert. Es gibt Russen, die gegen Putin und den Krieg protestieren, es gibt Russen, die sich Sorgen machen, dass Victoria's Secret zumachen könnte, und es gibt russische Bürger:innen, die zu viel Angst haben oder nicht mehr in der Lage sind, sich eine eigene Meinung zu bilden. So gibt es auch Solidaritätskampagnen mit Russen:innen, um sicher zu gehen, dass die westlichen Gesellschaften zwischen Putin und Russland unterscheiden können und verstehen, dass russische Akademiker, Studenten und politische Aktivisten nicht zusammen mit dem Kreml sanktioniert werden sollten.

Belarus fällt durch alle Raster. In der Tat ist Minsk ein Mitaggressor, ein passiver Beteiligter an diesem schrecklichen Konflikt. Aljaksandr Lukaschenka hat (bisher?) weder die abtrünnigen Gebiete anerkannt noch belarusische Truppen in die Ukraine geschickt, um den Angriff des russischen Militärs tatkräftig zu unterstützen. Andererseits werden russische Truppen und russische Raketen immer noch von belarusischem Boden entsandt, ziehen somit Belarus mit hinein und machen die Belarus:innen mitschuldig am blutigen Verlauf des Krieges in der Ukraine. Zurecht steht Belarus auf der Sanktionsliste, und zwar in erster Linie, um die Hintertüren für Moskau zu beseitigen und Sanktionen gegen russische Banken wirksamer zu machen.

Das Bild von Belarus jedoch ist nicht differenziert. Durch die Teilnahme von Minsk am Militärangriff auf die Ukraine wird alles über Bord geworfen. Selbst geflüchtete Dissident:innen und politische Aktivist:innen werden jetzt als Vertreter:innen eines Aggressorlandes angesehen und sind im Westen Hass und Diskriminierung ausgesetzt. Und das, obwohl sie in diesem Fall für Entscheidungen (oder ausgebliebene Entscheidungen) einer belarusischen Regierung büßen, die sie für illegitim halten. Selbst diejenigen, die zweimal fliehen mussten, erst aus Belarus und

dann aus der Ukraine, finden im neuen Zielland keine Wohnung. Sie werden öffentlich beschimpft, und ihre Autos mit belarusischen Kennzeichen werden beschädigt.

Das lässt sich durch mehrere Faktoren erklären. Belarus ist eine Konfliktpartei, die kaum in der Öffentlichkeit steht und wenig wahrgenommen wird, auch wenn die Rolle seiner Front und die Möglichkeiten, die Minsk den russischen Truppen bietet, nicht unterschätzt werden dürfen. Es sind nicht viele, die so genau hinschauen.

Andererseits gibt es auch kaum jemanden vor Ort, der hinschauen kann: Bis vor kurzem sind internationale Medien in Kyjiw und Moskau sehr gut vertreten gewesen, sowohl elektronische Medien als auch Zeitungen, aber nicht in Minsk. 2020 war Belarus überall in den Nachrichten präsent, die aktuellen Antikriegsproteste jedoch spiegeln sich in den internationalen Mainstream-Medien nicht wider.

Drittens haben belarusische politische Gruppen im Ausland zu spät und zu wenig getan, um der Öffentlichkeit in Polen, in der Slowakei, in Rumänien, Ungarn, Moldau und Georgien zu erklären, dass die Belarus:innen, die dort seit 2020 von allen bewundert wurden, auf der Seite der Ukrainer:innen stehen.

Die Schuldgefühle der Belarus:innen sind groß, man grübelt über Kollektivhaftung sowie über individuelle Verantwortung dafür, was Minsk im Krieg gegen Ukraine ermöglicht hat. Es gibt fast täglich Antikriegsproteste in Belarus, Hunderte Belarus:innen haben sich den ukrainischen Streitkräften angeschlossen, Tausende helfen Tag und Nacht ukrainischen Flüchtlingen. Insbesondere Belarus:innen in Polen spenden und sammeln Spenden, machen Aufklärungsarbeit, nehmen Leute bei sich auf. Und trotzdem werden sie in westlichen Gesellschaften als Kriegsführende angesehen.

Der britische Osteuropa-Forscher Andrew Wilson beschreibt die belarusische Geschichte als eine Reihe von Fehlstarts, von fehlgeschlagenen Neuanfängen. In den Augen der internationalen Öffentlichkeit sind die friedlichen Belarus:innen, die sich als Nation entdeckt haben und den Friedensnobelpreis beanspruchten, erneut gescheitert.

Demokratisch gesinnte Belarus:innen kämpfen heute mit und für die Ukraine, da das Verständnis wächst, dass die Ukrainer nicht nur ihre, sondern auch die Freiheit der Belarus:innen verteidigen. Wenn Putin in der Ukraine besiegt wird und in Russland seine Macht bröckelt, bekommen die Belarus:innen eine neue Chance, den Würgegriff, mit dem Lukaschenka die belarusische Gesellschaft lähmt, zu überwinden. Sowie die Vorstellung, dass sie als Nation zum Scheitern verdammt sind.

Über die Autorin

Maryna Rakhlei ist Senior Program Officer beim German Marshall Fund of the United States (GMF) in Berlin.

Lukaschenka und Putin: Der gute Bulle und der böse Bulle im Krieg gegen die Ukraine

Pavel Slunkin (European Council on Foreign Relations, non-resident Fellow)

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat für Lukaschenka ein klein wenig ein Fenster der Möglichkeiten geöffnet, um ein weiteres Mal die Beziehungen zu den Staaten des Westens aufzutauen. Einen solchen geopolitischen Trick hat er schon mehrfach zustande gebracht. Zuerst nach dem russisch-georgischen Krieg 2008, und dann 2014 nach der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland. Jedes Mal haben bewaffnete Konflikte, die eine Krise in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen provozierten, es Lukaschenka erlaubt, im Kontrast zu Moskau den europäischen Hauptstädten zu demonstrieren, dass er eine besondere, konstruktive Position einnimmt. Damit soll das Image des belarusischen Regimes in den Augen der Europäer verbessert werden.

Zweifellos haben die innenpolitische Krise in Belarus, der Zwischenfall mit der Ryanair-Maschine, die Erpressungsversuche mit Hilfe von Migrant:innen, die beispiellosen Sanktionspakete und der illegitime internationale Status von Lukaschenka den Raum sehr stark eingeengt, in dem sich ein solcher Schachzug wiederholen ließe. Allerdings zeigen die Verhandlungen zwischen den USA und Venezuela über mögliche Öllieferungen, die gleich nach Verhängung der Sanktionen gegen den russischen Energiesektor aufgenommen wurden, dass das Setzen auf geopolitische Kalkulationen auch dieses Mal hätte aufgehen können.

Lukaschenka hat diese Option aber nicht gewählt. Der wichtigste Grund, warum er das nicht tat, besteht darin, dass seine Abhängigkeit vom Kreml in den letzten zwei Jahren kritische Ausmaße angenommen hat. Nachdem Putin Lukaschenkas Regime 2020 gerettet hatte, war der belarusische Präsident gezwungen, praktisch jeden Wunsch aus Russland zu erfüllen und sich damit für die erwiesene Gnade zu revanchieren. Lukaschenka machte sogar bei grundsätzlichen Fragen Zugeständnisse, bei denen er sich in früheren Jahren hartnäckig und erfolgreich gewehrt hatte. Seit dem August 2020 haben Minsk und Moskau ein Paket von Integrationsabkommen unterzeichnet. In Belarus gibt es jetzt neue russische Militärobjekte und die Krim wurde von Lukaschenka öffentlich als rechtmäßiges Territorium Russlands anerkannt. Der wichtigste Wendepunkt erfolgte jedoch in jener Sekunde, als Lukaschenka Zehntausenden russischen Soldaten erlaubte, sich in aller Seelenruhe auf belarusischem Territorium aufzuhalten und sich auf den bewaffneten Einmarsch in die Ukraine vorzubereiten.

Es ist nach wie vor nicht bekannt, ob Putin seinen Verbündeten über seine expansionistischen Pläne infor-

mierte, als man sich auf die Militärmanöver in Belarus im Februar 2022 einigte, oder ob er sie bis zum letzten Augenblick vor Lukaschenka geheim hielt. Aus dem Verhalten der belarusischen Regierung ergibt sich der Eindruck, dass Putin ihn nicht informiert hat, und dass die belarusische Regierung selbst nicht glaubte, dass Moskau sich zu einer groß angelegten militärischen Aggression gegen die Ukraine entschließen könnte. Es schien, als habe die belarusische Führung das Vorgehen Moskau für einen geschickten Bluff gehalten, für einen Versuch, im Dialog mit dem Westen maximale Zugeständnisse für sich herauszuschlagen. Lukaschenka hatte die Erklärungen der USA über die Daten für den potenziellen Beginn einer Invasion stets verlacht und erklärt, dies sei für die amerikanischen Geheimdienste peinlich, die dadurch »ihre Nichtsnutzigkeit gezeigt« hätten. Außenminister Uladsimir Makej hielt am 16. Februar eigens eine Konferenz ab, auf der er sarkastisch scherzte, sie erfolge aus Anlass der »Invasion« Russlands.

Es spielt übrigens schon gar keine Rolle mehr, ob Lukaschenka im Voraus von den Plänen wusste oder nicht. Wladimir Putin hätte wohl kaum die strategische Ausrichtung seines Überfalls geändert, selbst wenn Lukaschenka ihn gebeten hätte, die russischen Streitkräfte direkt nach Beendigung der Manöver am 20. Februar aus Belarus abzuziehen. Die Meinung des selbsternannten Präsidenten ist für den Kreml wohl nur von zweitrangiger Bedeutung. Und auch Lukaschenka selbst ist wohl bewusst, wie sein aktueller Platz im Dialog mit Moskau aussieht: Angesichts all der für ihn belastenden Faktoren würde er wohl kaum eine solche heftige Zuspitzung in den Beziehungen wagen. Ihm ist wie keinem anderen klar, wozu die russische Führung in der Lage, wenn sie entschlossen ist, ihre Ziele zu erreichen.

Daher blieb Lukaschenka nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen und so zu tun, als hätte er die Lage unter Kontrolle. Er hat die Aggression Russlands rundum unterstützt und eingestanden, dass Belarus den Besatzern mit Schlägen auf das Territorium der Ukraine und mit der Versorgung verletzter russischer Soldaten hilft. US-amerikanischen Geheimdienstinformationen zufolge sind bis zum 3. März über 70 Granaten von belarusischem Gebiet in Richtung Ukraine abgefeuert worden. Die Staats- und Regierungschefs der EU schreiben auch Lukaschenka eine Verantwortung für den Krieg zu und bezeichnen ihn als Mit-Aggressor. Eine rote Linie hat er allerdings bislang noch nicht überschritten.

Ungeachtet der vielen Gerüchte über einen baldigen Einmarsch belarusischer Streitkräfte, ist dieser Schritt

ausgeblieben. Mitunter konnte es scheinen, dass eine solche Entwicklung der Ereignisse schlichtweg unausweichlich ist. Am 11. März stand Lukaschenka bei seinem Chef auf dem Teppich, während gleichzeitig der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow mitteilte, der ukrainische Nachrichtendienst verfüge über Informationen, dass Russland eine *false flag operation* vorbereitet, um den Einsatz belarusischer Streitkräfte zu rechtfertigen. Lukaschenka kehrte jedoch nach Minsk zurück, ohne dass die belarusischen Truppen sich von ihren Stellungen fortbewegt hätten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lässt sich nur schwerlich mit Sicherheit sagen, warum Belarus nicht dem Beispiel der russischen Armee folgte. Russland kann an der Front keine großen Erfolge verzeichnen, und offensichtlich würden Moskau frische Kräfte für einen massiven Vormarsch auf Kyjiw nicht schaden. Das bedeutet: Entweder hofft Wladimir Putin, dass seine Armee für einen erfolgreichen Abschluss der Militäroperation ausreicht. Oder Lukaschenka hat Putin überredet, das

vorläufig nicht zu tun, weil er sich bewusst ist, in welchen Abgrund das die Wirtschaft von Belarus stürzen würde. Die schwache belarusische Wirtschaft ächzt ohnehin schon unter den harten Sanktionen des Westens und die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf einen echten Einmarsch belarusischer Streitkräfte könnte sie schlichtweg vernichten. Und im Unterschied zu 2020/21 gibt es jetzt niemanden mehr, der das kompensieren könnte, weil der Generalsponsor des belarusischen Staatshaushalts, nämlich Russland, sich umfassenden Schlägen gegen seine Wirtschaft gegenübersteht.

Lukaschenka wird also, solange sich eine solche Möglichkeit bietet, erneut versuchen, sich als Friedensstifter hinzustellen. Zur gleichen Zeit helfen die ihm ergebenden Streitkräfte Russland dabei, seine Waffen gegen friedliche Bürger:innen der Ukraine zu richten.

Stand: 16. März 2022

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Pavel Shunkin ist Associate Fellow beim European Council on Foreign Relations (ECFR) und ehemaliger Diplomat (Botschaft der Republik Belarus in der Republik Litauen).

Was der Krieg in der Ukraine für die belarusische Zivilgesellschaft bedeuten könnte

Natallia Rabava (SYMPA, Minsk)

Die belarusische Zivilgesellschaft hat im Zuge der Repressionen nach der politischen Krise von 2020/21 stark gelitten. Im Laufe des Jahres 2021 verlor ein beträchtlicher Teil der zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Registrierung in Belarus (mit Stand vom 15. 03. 2022 waren 378 betroffen), deren Mitarbeiter und Aktivist:innen waren zum Teil gezwungen, das Land zu verlassen, die Organisationen verloren ihre Büros und Infrastruktur. Zum Teil verloren die Organisationen ihre Bindung zu den Zielgruppen und Stakeholdern. Gleichzeitig beschlossen die meisten Organisationen, ihre Arbeit fortzuführen, und zwar ungeachtet der Änderungen im Strafgesetzbuch, die im Dezember 2021 vorgenommen wurden und die Tätigkeit von nicht registrierten oder aufgelösten Organisationen kriminalisieren.

In dieser Situation haben viele Organisationen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit genutzt, im Ausland eine Organisation zu gründen. Einige Organisationen hatten schon vor den Ereignissen von 2020/21 über solche »Tochterorganisationen« verfügt, um dadurch die internationale Arbeit zu erleichtern. Im Zusammenhang

mit ihrer Arbeit im Ausland stießen die Organisationen auf eine Reihe von Schwierigkeiten, unter anderem wegen anderer Standards bei der Rechenschaftslegung und der Transparenz, höherer Steuern und wegen Schwierigkeiten bei der Legalisierung von Mitarbeiter:innen und Aktivist:innen. Diejenigen, die entschieden hatten, ihre Arbeit in Belarus fortzusetzen, haben ebenfalls viele Probleme, die allerdings anderer Art sind: Hier spielen Fragen der Sicherheit und die Verfolgung durch die Behörden eine Rolle. Zudem ist schwer zu erkennen, wie die neuen »Spielregeln« aussehen. Es ist nicht möglich, auf legalem Wege Finanzmittel zu erhalten und Projekte umzusetzen. Auch haben die Menschen Angst.

In dieser für die Zivilgesellschaft schwierigen Situation bedeutet der Krieg in der Ukraine eine zusätzliche und mächtige Quelle für Schocks. Zu den bestehenden Problemen für Organisationen, die im Ausland registriert sind, kommen folgende hinzu:

- Die Frage des physischen Überlebens oder einer Flucht für jene Aktivist:innen und Organisationen, die zuvor aus Belarus in die Ukraine geflohen waren.

- Die Sperrung oder Konfiszierung von Konten belarusischer natürlicher oder juristischer Personen in der Ukraine (per Beschluss der Nationalbank der Ukraine, der Residenten aus den Aggressorstaaten betrifft, zu denen ja auch Belarus gehört).
- Sanktionen gegen Belarus:innen, u. a. Visa- und Finanzsanktionen (Banken im Ausland eröffnen keine Konten mehr für Belarus:innen und deren Organisationen, auch nichtkommerziellen; der Zahlungsabwickler »Paysera« schließt Konten von Belarus:innen, die keinen Aufenthaltstitel für eines der Länder vorweisen können, in denen »Paysera« tätig ist. Stopp der Ausstellung von Visa – mit Ausnahme humanitärer Visa – für Belarus:innen außerhalb von Belarus wie auch innerhalb des Landes usw. So haben Litauen, Tschechien und Estland bereits einen Visastopp für belarusische Staatsangehörige angekündigt.
- Eine allgemeine strategische Ungewissheit, auf welche Weise, für wen und wie angesichts des Krieges, der Opfer und der Zerstörungen in der Ukraine gearbeitet werden kann.
- Fortgesetzte Repressionen in Belarus gegen Organisationen der Zivilgesellschaft und gegen Aktivist:innen, zu denen nun auch die Verfolgung wegen Antikriegs-Positionen hinzukommt.

Die Organisationen reagieren auf die Herausforderungen der Zeit mit einer teilweisen Änderung der aktuellen Agenda: Selbst dann, wenn die allgemeine Mission nicht revidiert wird, so werden die Pläne unter Berücksichtigung der Lage geändert. Nicht selten unternehmen Organisationen für sie untypische Aktivitäten (Freiwilligenarbeit für die Ukraine, Sammlung von humanitären Hilfsgütern usw.), oder sie arbeiten mit für sie untypischen Zielgruppen. Die Frage der Aktualität und die Formate der laufenden Arbeit werden revidiert.

Darüber hinaus erhalten Organisationen der Zivilgesellschaft aufgrund einer Unterstützung (vor allem durch die EU) Zugang zu einer Projektfinanzierung zum Wohl von Belarus. Sie versuchen, eine Bindung zu ihren Zielgruppen herzustellen und Arbeitsmethoden zu finden, die der aktuellen Lage angemessen sind, vor allem online. Es werden Bildungsprojekte umgesetzt, die auf Reformen in einem »neuen demokratischen Belarus« abzielen. Gleichzeitig nimmt in der Gesellschaft hinsichtlich gesellschaftlicher Aktivität und sogar schon hinsichtlich des Interesses an »verbotenen« Themen die Angst zu, zusätzlich zur verständlichen Angst wegen des Krieges. In der Folge geht die gesellschaftliche Aktivität insgesamt zurück.

Gegenwärtig, am 19. Tag des Krieges, ist klar, dass wir es mit einem langwierigen Konflikt zu tun haben. Daher müssen sich Organisationen der Zivilgesellschaft für ein Format ihrer weiteren Arbeit entscheiden: Soll

die Hilfe für die Ukraine in irgendeiner Form zu einem »legalen« Arbeitsbereich werden oder das persönliche Engagement Einzelner bleiben? Es ist sehr wohl vorstellbar, dass die ukrainische Agenda für eine gewisse, womöglich beträchtliche Zeit Teil der aktuellen Mission vieler belarusischer Organisationen der Zivilgesellschaft sein wird.

Die Situation könnte sich grundlegend ändern, wenn die belarusische Armee unmittelbar in den Krieg eingreift. Das gilt für die Lage in der Gesellschaft insgesamt wie auch für die Situation der zivilgesellschaftlichen Organisationen und deren Agenda.

Die Empfehlungen, die wir gegenüber Geldgebern und internationalen Organisationen geäußert haben – nämlich in dem Bericht »The situation with and urgent needs of Belarusian civil society organizations (CSOs) in political crisis. Research report« vom Oktober 2021 (s. Bibliographie) –, bleiben aktuell. Die wichtigsten sind folgende:

1. Berücksichtigung der Änderungen, die belarusische Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Organisation ihrer Tätigkeit vorgenommen haben, wenn das Management außerhalb von Belarus erfolgt (wenn etwa eine Organisation juristisch in einem der EU-Mitgliedsstaaten registriert ist und ihre finanziellen Operationen dort abwickelt), oder wenn sich ein Teil der Aktivist:innen in der Emigration befindet. Diese Konstellation ist im Falle von Repressionen vernünftig und sollte womöglich als relevant für eine Förderung betrachtet werden.
2. Es ist wichtig, diejenigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft als prioritär für eine Förderung zu betrachten, die im Lande selbst erfolgen, Änderungen der Lage in Belarus bewirken oder in Zukunft bewirken können (dazu gehört die Beibehaltung der Verbindungen zu und die Zusammenarbeit mit belarusischen Organisationen oder Aktivist:innen im Ausland, wie auch deren Fortbildung, die Hilfe bei der organisatorischen Weiterentwicklung usw.)
3. Da viele zivilgesellschaftliche Organisationen sich heute praktisch im Überlebensmodus befinden, müssen die Formen institutionelle Förderung (je nach Bedarf der jeweiligen Organisation) ausgebaut werden, unter anderem für:
 - a. Mietkosten;
 - b. Juristische Hilfe und Finanzierung der Kosten für die Buchhaltung von Organisationen, die den Status einer in Belarus registrierten Organisation beibehalten konnten;
 - c. Die Wiederherstellung und Erneuerung der technischen Infrastruktur (neue Geräte als Ersatz für diejenigen, die bei Durchsuchungen konfisziert wurden, Kommunikationssoftware und -technik zur Gewährleistung der Sicherheit);

- d. Die Verbringung von Aktivist:innen, die gezwungen sind, das Land zu verlassen, sowie eine institutionelle Förderung der Arbeit von Organisationen im Ausland (Anmietung von Räumlichkeiten, juristische Unterstützung, Buchhaltung usw.);
 - e. Die Förderung von Strategieplanungen und anderen Formaten, die den Organisationen eine zumindest mittelfristige Planung ihrer Tätigkeit ermöglichen.
4. Angesichts der fortgesetzten Repressionen ist es wichtig, dass auch folgende Richtungen gefördert werden:
- a. Gewährleistung der digitalen Sicherheit, und zwar nicht nur über Fortbildungsprogramme, die nur begrenzt effizient sind, sondern auch über tiefgreifendes Auditing, individuelle Beratungen und Teamschulungen (ein ähnlicher Ansatz wird bereits im Rahmen der Projekte der »Digital Skills Coalition Belarus« – digitalskills.by – und der »Digital Security School« – dss375.org – verfolgt, allerdings müssten diese Aktivitäten ausgebaut werden).
 - b. Psychologische Unterstützung und Hilfe in unterschiedlichen Formen, von der Möglichkeit, einen Psychologen zu konsultieren bis hin zu Reha-Urlaub.
 - c. Beratung von Menschenrechtler:innen und Schulungen zur Erhöhung der Bereitschaft und Widerstandsfähigkeit in schwierigen und Stresssituationen (Durchsuchung, Verhör usw.).
 - d. Juristische Hilfe und Beratung bei der Auflösung einer Organisation oder Einrichtung und der Bewältigung der Folgen.
5. Es wird empfohlen, die Ansätze und Anforderungen an die Organisierung der Projektstätigkeit belarusischer zivilgesellschaftlicher Organisationen zu revidieren und sie maximal flexibel zu gestalten. Nach Möglichkeit sollte den Organisationen mehr Freiheit beim Umgang mit Projektressourcen gegeben werden, unter anderem die Möglichkeit, die Ausgabenposten zu revidieren und neu aufzuteilen; ebenso sollten die Zielindikatoren eines Projektes revidiert werden können.
 6. Es ist zu prüfen, ob eine Vereinfachung der Anforderungen an die LogFrames der Projekte möglich ist, weil es heute oft schwer ist, kurzfristige Projekte mit den langfristigen Zielen der Organisationen zu vereinbaren.
 7. Es sollten vereinfachte Anforderungen an die entsprechende Rechnungslegung ausgearbeitet werden (unter anderem ein Verzicht auf die Aufbewahrungspflicht für Unterlagen nach Abschluss der Projekte). Die Rechnungslegung sollte angesichts der Risiken für Projektarbeit in Belarus so weit wie möglich in elektronische Formate überführt werden.
 8. Es wäre hilfreich, der Zivilgesellschaft nicht nur finanzielle Förderprogramme anzubieten, sondern auch sichere Mechanismen für Finanzhilfen und die Rechnungslegung für sie zu entwickeln. Das steht damit in Verbindung, dass jede ausländische Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen die Risiken in Belarus für diese Organisationen beträchtlich erhöht (es kann insbesondere als Vorwand für Ermittlungen des belarusischen Amtes für Finanzermittlungen dienen).

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Natallia Rabava ist Direktorin von SYMPA (The School of Young Managers in Public Administration) in Minsk.

Bibliographie

- Belarusian Institute for Public Administration Reform and Transformation (BIPART): The situation with and urgent needs of Belarusian civil society organizations (CSOs) in political crisis. Research report; October 2021; http://sympa-by.eu/sites/default/files/library/csos_survey_report_public.pdf
- Chulitskaya, Tatsiana. »Zivilgesellschaft in Belarus unter Repressionen«. In: »Belarus-Analysen Nr. 57 (2021): S. 3–6; <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/57/zivilgesellschaft-in-belarus-unter-repressionen/>

Eiertanz auf dem Vulkan

Jakob Wöllenstein (Auslandsbüro Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vilnius)

Die Live-Ticker zur Entwicklung des Kriegsgeschehens in und um die Ukraine meldeten bereits mehrfach, dass auch belarusische Truppen aktiv an der Seite Russlands ins Kriegsgeschehen eingegriffen hätten, nur um diese Nachricht zeitnah doch zu widerrufen. Das Minsker Regime betont mit großem Nachdruck, dass belarusische Streitkräfte nicht aktiv in die Kämpfe involviert seien – allein in seiner Rede zum Inkrafttreten der neuen Verfassung am 4. März unterstrich Lukaschenka dies viermal. Auch amerikanische Dienste und der ukrainische Präsident Selenskyj teilen diese Einschätzung. Auf den ersten Blick wirken Experteneinschätzungen zur Rolle des Minsker Regimes in Putins Angriffskrieg konträr – die einen betonen, dass Belarus de facto aktive Kriegspartei sei, während die anderen zum Schluss kommen, dass Lukaschenka die Souveränität des Landes und somit auch seine Entscheidungsgewalt praktisch an Russland verloren habe. Was davon stimmt?

Für die erste These spricht, dass die russischen Truppen nicht nur belarusisches Territorium nutzen, was ihnen beim Marsch auf Kyjiw einen entscheidenden strategischen Vorteil verschafft. Sie haben auch umfassenden Zugriff auf militärische und zivile Infrastruktur wie Bahnlinien, Flugplätze, Tankstellen, Krankenhäuser und Leichenhallen und erhalten Verpflegung, Treibstoff, Blutkonserven und Unterkunft. Auch propagandistisch ist Minsk voll auf Moskauer Linie. Statt vom »Krieg« ist von der »präventiven chirurgischen Spezialoperation« die Rede, die einem ukrainischen Angriff auf den Donbas und Belarus nur knapp zuvorgekommen sei. Schon im November 2021 hatte Lukaschenka erklärt, bei einem Krieg gegen die Ukraine an der Seite Moskaus zu stehen und »Entwicklungen im Donbas« als möglichen Grund genannt.

Doch schon im Laufe des Jahres war Russlands Militärpräsenz in Belarus deutlich gewachsen. Es wurden zwei gemeinsame militärische »Trainingszentren« errichtet, weitere sind geplant. Minsk will umfangreiche russische Waffensysteme beschaffen und dem Großmanöver »Verbundene Entschlossenheit«, das im Februar 2022 den russischen Überfall logistisch vorbereitete, war ein monatelanges dichtes Programm aufeinanderfolgender Militärübungen sowie die gemeinsame Niederschlagung des Aufstands in Kasachstan im Januar vorausgegangen. Lukaschenka legten hohen Wert darauf, dass er selbst Putin gebeten habe, seine Truppen angesichts der ukrainischen Bedrohung noch »eine Weile in Belarus« zu belassen. Doch mit einem echten Krieg schien er bis zuletzt nicht gerechnet zu haben und zog die ame-

rikanischen Warnungen vor dem drohenden Angriff ins Lächerliche.

Als der Krieg dann begann, gab Lukaschenka an, erst post factum darüber informiert worden zu sein und vom Start der Raketen aus Belarus über die Medien erfahren zu haben. Das spricht für die zweite These. Die sozialen Medien kolportierten Gerüchte, dass Lukaschenka sogar von einer russischen Spezialeinheit mit dem Tode bedroht werde, um ihn gefügig zu halten. Die demokratischen Kräfte im Exil fordern nun von der Weltgemeinschaft, Belarus als »vorübergehend besetztes Territorium« anzuerkennen, in dem das Regime nur noch als Marionette Moskaus fungiert. Die meisten Analysten sind sich einig, dass Lukaschenka Putin wenig entgegenzusetzen hätte, falls dieser sich entschlösse, ihn zum Einsatz der belarusischen Armee zu zwingen. Dass Russland tausende arabische Kämpfer rekrutieren will und China um Militärhilfe gebeten haben soll, zeigt, dass es Unterstützung braucht. Da läge ein Rückgriff auf belarusische Truppen nahe. Für Lukaschenka ist die zentrale Frage aber, sein eigenes (politisches) Überleben zu sichern. Entsprechend changiert er in seinen Äußerungen.

Während der ersten Kriegstage, als ein schneller russischer Sieg noch wahrscheinlich schien, überlegte er offen, dass auch belarusische Truppen zum Einsatz kommen könnten, wenn es »nötig werden sollte«. Gemeinsam an der Seite des Siegers zu stehen hätte Vorteile bedeuten können, wie etwa den Zugang zu ukrainischen Exportrouten. Doch der stockende Kriegsverlauf, die hohen russischen Verluste und die harte Reaktion des Westens verkomplizieren die Lage für das belarusische Regime zusätzlich: Während Russland nach den westlichen Sanktionen, wie Litauens Exportstopp für Kalidünger im Februar, zur essenziellen wirtschaftlichen (Über-)Lebensader für Lukaschenka geworden war, ist es nun mehr denn je selbst eine Bedrohung und Quelle von Problemen. Nicht nur spricht Putins Weltansicht, dass die Nachbarstaaten »künstliche Gebilde« seien, auch Belarus das Existenzrecht ab. Auch die neuen westlichen Sanktionen treffen Belarus gleich doppelt – einerseits direkt, andererseits, weil eine im Sinkflug befindliche russische Wirtschaft Belarus weniger stützen kann.

In Belarus wäre eine unmittelbare Kriegsbeteiligung extrem unpopulär – sowohl unter demokratisch gesinnten Bürgern als auch (bisherigen) Lukaschenka-Anhängern. Sein politisches Kernversprechen war über Jahrzehnte Frieden und Stabilität und offiziell hat das Verbot einer Aggression gegen Nachbarstaaten seit 15. März sogar Verfassungsrang. Die Soldaten der belarusischen

Armee haben kaum Kampferfahrung, aber vielfach Verwandtschaft in der Ukraine. Mit einer hohen Kampfmentalität wäre daher nicht zu rechnen und große Opferzahlen bei einem Einsatz im Nachbarland könnten, gepaart mit wirtschaftlichen Einbrüchen, zu einer neuen Protestwelle führen.

Auf dem dünnen Drahtseil zwischen Moskauer Gefolgschaftsanspruch, westlichem Sanktionsdruck und der rebellischen, gewaltsam unterdrückten eigenen Bevölkerungsmehrheit probt Lukaschenka den Spagat. Zunächst versuchte er sich, in Anlehnung an 2014, wieder als neutraler Mittler anzubieten – die ersten drei Verhandlungsrunden zwischen Kyjiw und Moskau fanden auf belarusischem Territorium statt. Doch obwohl Putin Verhandlungen braucht, sei es um doch noch einen gesichtswahrenden Ausweg aus diesem Krieg zu finden, der militärisch nur durch eine massive Eskalation und politisch überhaupt nicht zu gewinnen wäre, oder um schlichtweg Zeit zu schinden für eine Umgruppierung der Truppen, sind diese nicht an Belarus gebunden. Einige Gespräche fanden schon per Videokonferenz statt, andere in der Türkei.

So macht sich Lukaschenka gegenüber Moskau nun das lange gemeinsam gepflegte Feindbild einer »drohenden NATO-Invasion« zunutze. Um zu »verhindern«,

dass westliche Truppen den Russen über Belarus »in den Rücken fallen« – was sich Lukaschenka nach eigenen Worten »doch nie verzeihen könnte« – müsse die belarusische Armee nun unbedingt mit ihren begrenzten Ressourcen die Nordwestgrenze des Landes bewachen. Doch auch entlang der ukrainischen Grenze stehen »Verteidigungskräfte« bereit – falls Kyjiw auf die Idee kommen sollte, tatsächlich einmal in Richtung Belarus zurückzuschießen.

Völkerrechtlich gesehen ist Belarus wegen der Zurverfügungstellung seines Territoriums Mitaggressor in Putins Krieg – wenngleich unter einem Regime, das seine innenpolitische Legitimität seit anderthalb Jahren verloren hat und gegen den erklärten Willen der eigenen Bevölkerungsmehrheit agiert. Doch da Lukaschenka mit dem Rücken zur Wand am Kreml hängt und durch die beispiellosen Repressionen die Gesellschaft ihrer Widerstandskräfte beraubt hat, kann er Moskau kaum etwas entgegensetzen. Wie es auch kommt – für Belarus selbst ist zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls davon auszugehen, dass das russische Militär auf absehbare Zeit in bedeutender Stärke »zu Gast« bleiben wird.

Stand: 19.03.2022

Über den Autor

Jakob Wollenstein ist Leiter des Auslandsbüros Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung in Vilnius.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen


Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/>